



WILHELM
VON
HUMBOLDT

Vor 250 Jahren, am 22. Juni 1767, wurde Wilhelm von Humboldt geboren. Auch dem 21. Jahrhundert ist sein Name noch geläufig. Für sein Werk gilt das freilich weniger. Dessen Nachwirkung ist auf wenige Gemeinplätze zusammengeschrumpft, deren Bedeutungsgehalt kaum noch gegenwärtig ist. Eine erneute Lektüre seines ebenso weit gespannten wie schwierigen Werkes könnte zeigen, dass manche, und gerade die populärsten, seiner Ideen die Zeit nicht überdauert haben, dass aber andererseits manches wieder hervorgeholt zu werden verdient, was halb vergessen wurde.

Wilhelm von Humboldt – ein Zeitgenosse des 21. Jahrhunderts?

Peter J. Brenner

Lebens- und Wirkungswege

„Humboldts Staatstheorie“, „Humboldts Bildungsideal“, „Humboldts Sprachphilosophie“: Zumindest den Gebildeteren unter den Zeitgenossen des 21. Jahrhunderts ist dieser Dreiklang wohlvertraut. Besonders der mittlere Teil dieses Triptychons, „Humboldts Bildungsideal“, gehört zum kanonischen Bestand des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Strahlkraft von Humboldts Bildungsideal verblasst zwar langsam, aber nach wie vor bildet es einen zentralen Bezugspunkt für bildungspolitische, weniger allerdings für bildungstheoretische Debatten. Die beiden Flügel des Triptychons, „Humboldts

Peter J. Brenner, Dr. phil., Universitätsprofessor a.D., geb. 1953, Studium der Philosophie, Germanistik, Komparatistik und Erziehungswissenschaft in Bonn, Promotion 1979, Habilitation in Regensburg 1986. Univ.-Professor für Neuere deutsche Literaturgeschichte an der Universität zu Köln von 1991 bis 2009. Seit 2014 Direktor des TUM.Archivs der Technischen Universität München.

Denkmal (1882/3) für Friedrich Wilhelm von Humboldt (Lestat/wikimediacommons)

Staatstheorie“ und „Humboldts Sprachphilosophie,“ haben einen nicht ganz so prominenten Platz in der deutschen Ideengeschichte, aber auch sie sind zumindest in einschlägig interessierten Kreisen präsent und finden gelegentlich Eingang in die öffentliche Debatte.

Dass der Name Wilhelm von Humboldts an seinem 250. Geburtstag am 22. Juni 2017 noch erinnerlich sein würde, war wahrlich nicht abzusehen. In einer Zeit, in der selbst Schiller und Goethe, die Diskuren der Weimarer Klassik, langsam am Horizont der Geschichte verschwinden, bleibt die Beharrungskraft Wilhelm von Humboldts im kulturellen Gedächtnis ein erstaunliches Phänomen – umso

erstaunlicher, als seine Wirkungsgeschichte erst spät, lange nach seinem Tod, einsetzte. Denn von den riesigen Textmengen, die er im Laufe seines Lebens niedergeschrieben hat, wurde nur ein winziger Bruchteil zu Lebzeiten publiziert. Den Zeitgenossen konnte nicht bewusst sein, dass Wilhelm von Humboldt ein Staatstheoretiker, ein Bildungsphilosoph und ein Sprachwissenschaftler gewesen war. Veröffentlicht wurden zu Lebzeiten nur einige verstreute kleinere Schriften, deren umfangreichste und als selbstständiges Buch erschienene gerade diejenige war, die ansonsten keinerlei systematische Anschlussstellen in Humboldts Werk findet und keine Wirkung entfaltet hat, nämlich seine Studie „Über Göthes Herrmann und Dorothea“ von 1799. Diese und andere Schriften konnten für den zeitgenössischen Betrachter nur als vereinzelte Bruchstücke, nicht als Komponenten eines Gesamtwerks wahrgenommen werden.

Bereits zu Lebzeiten, 1830, erschien Humboldts – stark redigierter – Briefwechsel mit Schiller. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die „Briefe



Wilhelm von Humboldt (Lithographie von Franz Krüger, vor 1835; wikimediacommons)



Friedrich Schiller, Wilhelm und Alexander von Humboldt und Johann Wolfgang von Goethe in Jena (Bild von Adolph Müller, um 1797; wikimediacommons)

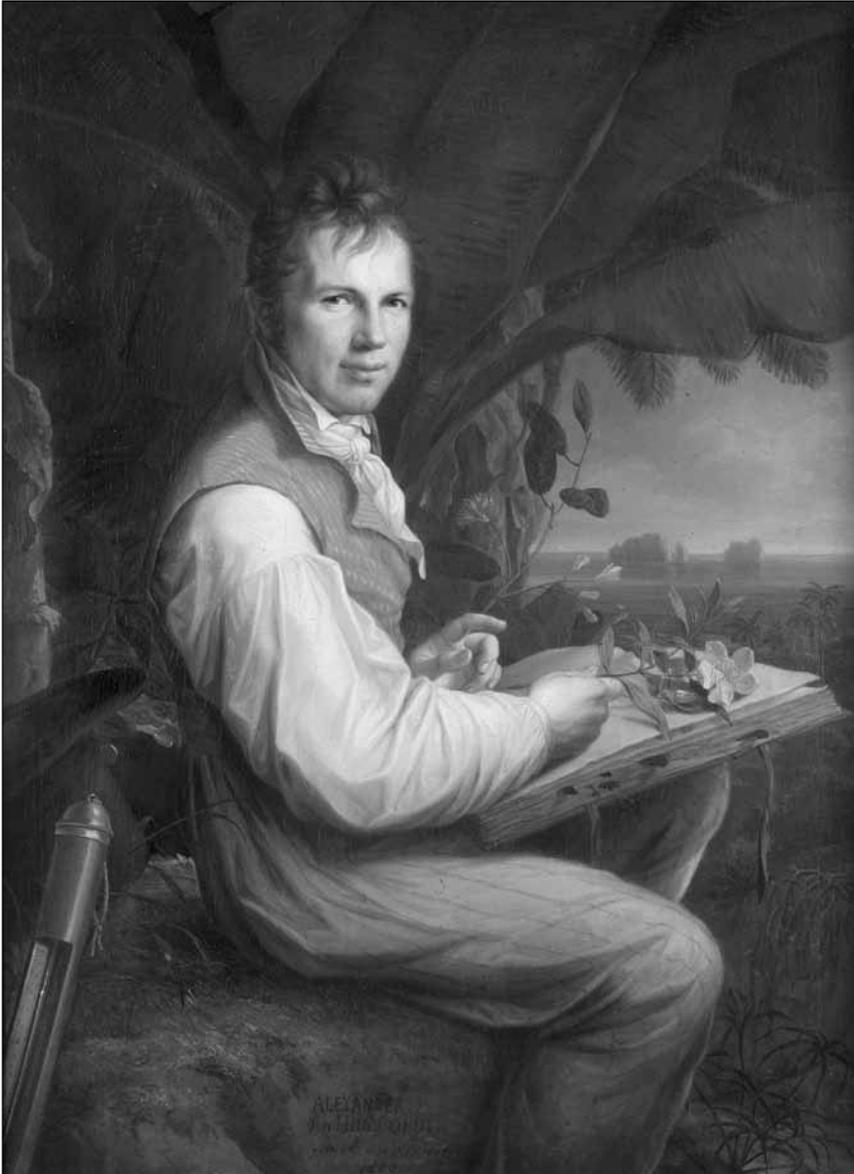
von Wilhelm von Humboldt an eine Freundin“ – nämlich an Charlotte Diede – sowie die Briefwechsel mit seiner Frau Caroline, mit Goethe, mit seinem Bruder Alexander von Humboldt und mit anderen Korrespondenten veröffentlicht, die das Bild von der Persönlichkeit Humboldts und seinen geistigen Ort in der Weimarer Klassik prägten. Bald nach Humboldts Tod, 1836–39, erschien eine erste Ausgabe eines Teils der sprachwissenschaftlichen Schriften. Alexander von Humboldt veranlasste die von Carl Brandes herausgegebene Ausgabe der gesammelten Werke in sieben Bänden von 1841–1852. Eine Gesamtausgabe der Werke Humboldts – die immer noch große Nachlassbestände unerschlossen ließ –

erschien erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, von 1903 bis 1912, herausgegeben von der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften. Der größte Teil der hinterlassenen Manuskripte fiel den Bombenangriffen des Zweiten Weltkrieges zum Opfer.

Die Geschichte der öffentlichen Wahrnehmung Wilhelm von Humboldts verhält sich gegenläufig zu der seines zwei Jahre jüngeren Bruders Alexander von Humboldt. Alexander von Humboldt war seit seiner Rückkehr von der großen Südamerikareise im August 1804 einer der berühmtesten Gelehrten seiner Zeit. Der frankophile Gelehrte lebte lange Jahre in Paris, arbeitete bis zu seinem Tode 1859 an der Aufbereitung, Publikation und populären Verbreitung seiner südamerikanischen Forschungsergebnisse, unternahm weitere Reisen und unterhielt ein weltumspannendes Korrespondenznetzwerk mit Gelehrten jeder Disziplin.

Gegenüber diesem letzten Universalgelehrten stand sein Bruder Wilhelm von Humboldt im Schatten, zumal seine berufliche Laufbahn unruhig und

disruptiv verlief. Dass die beiden Brüder einen so unterschiedlichen Lebensweg einschlugen, war das Ergebnis bewusster Entscheidungen. Beide gingen von den gleichen Voraussetzungen aus. Der mit der zweiten Frau des Vaters angeheiratete Wohlstand der Familie erlaubte eine aufwendige Privaterzie-



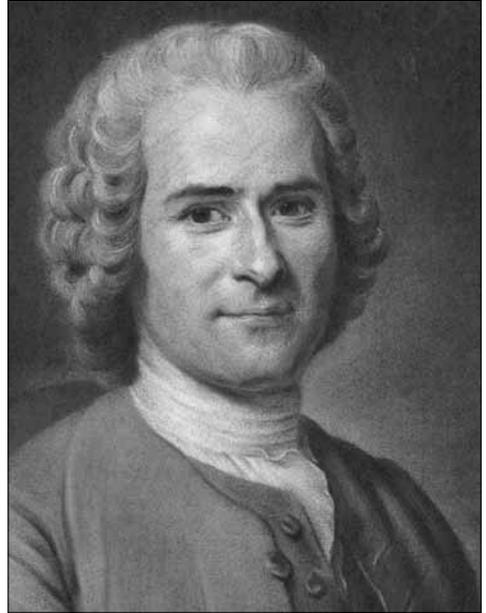
Alexander von Humboldt (1769–1859; Gemälde von Friedrich Georg Weitsch, 1806; wikimedia-commons)

hung der beiden Brüder – und ihres Stiefbruders –, die die beiden zunächst in den Staatsdienst führte. Wilhelm von Humboldt wurde Jurist und sah eine Verwaltungs- oder Diplomatenlaufbahn vor sich – so ist es zeitweise gekommen –, Alexander von Humboldt studierte Kameralistik und kam auf diesem Weg in die Bergbauverwaltung, die ihn zu seinen naturwissenschaftlichen Forschungen führte. Nach dem Tod der Mutter erbten beide ein beträchtliches Vermögen, das sie auf eine Weise nutzen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnte: Alexander von Humboldt investierte es in seine große fünfjährige Südamerikaforschungsreise sowie in die Auswertung und Publikation ihrer Erträge. Wilhelm von Humboldt nutzte das Vermögen hingegen als Rücklage, die es ihm jederzeit erlaubte, sich nach eigenem Belieben aus dem Staatsdienst zurückzuziehen und als Privatier seinen Forschungen und Liebhabereien nachzugehen.

„Humboldts Staatstheorie“

Dass Wilhelm von Humboldts erste, 1792 fragmentarisch publizierte Schrift eine Schrift über die Staatstheorie war, kann zunächst nicht überraschen: „Ideen zu einem Versuch, die Gränzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen“ war der umständliche, aber programmatische Titel. Sein Jurastudium legte Humboldt ein solches Thema nahe, und die drei Jahre vorher erfolgte Französische Revolution hatte es ohnehin auf die Tagesordnung der Weltgeschichte gesetzt. Wilhelm von Humboldt hatte im Sommer 1789, wenige Tage nach dem Sturm auf die Bastille, begleitet von seinem alten Lehrer Joachim Campe einige Wochen im revolutionären Paris verbracht, scheint aber nicht sonderlich beeindruckt von den Ereignissen gewesen zu sein. Später, von 1797 an, übersiedelte er für vier Jahre als Privatier mit seiner Familie nach Paris. Seine staatstheoretische Schrift nimmt kaum einmal direkt auf die Revolution Bezug. Unübersehbar ist aber, dass sie von diesem welthistorischen Ereignis geradezu durchtränkt wurde. Der 24-jährige Privatier, der nach seinem Studium kurz als Referendar am Kammergericht in Berlin gearbeitet hatte und sich dann als Legationsrat hatte freistellen lassen, entwirft das Modell einer idealen Staatsverfassung, die aber allen Versuchungen zu utopischen

Phantasien widerstrebt. Die Anlage des Textes folgt den Mustern der neuzeitlichen Staatstheorie, wie sie von Machiavelli, Jean Bodin, Thomas Hobbes, John Locke und Montesquieu vorgegeben worden waren. Rousseau hingegen, gerade noch ein Zeitgenosse Humboldts – sein „Contrat Social“ erschien fünf Jahre vor Humboldts Geburt –, dient ihm nicht als Vorbild. Rousseau hatte die staatstheoretischen Leitlinien der Französischen Revolution formuliert, und 1793, ein gutes Jahr, nachdem Humboldt seine Schrift verfasst hatte, wurde Rousseaus *volonté générale* in der jakobinischen Schreckensherrschaft blutige Wirklichkeit.



Jean-Jacques Rousseau (Pastell von Maurice Quentin de La Tour, 1753, wikimediacommons)

Das ist nicht Humboldts Staat. Humboldts Staat folgt nicht der Idee des Absoluten, sondern er ist der Staat der sich frei entfaltenden Kräfte des Einzelnen, in der sich das Notwendige mit dem Wünschenswerten, das Individuelle mit dem Allgemeinen im ständigen lebendigen Ausgleich befindet. Gleich zu Beginn seiner Schrift stellt Humboldt erstaunt fest, dass es bisher schon ausgefeilte Theorien des Gesellschaftsvertrags und der Staatsorganisation gäbe, dass aber noch niemand die Frage nach dem „Zweck“ des Staates gestellt habe. Hier wird der Einfluss Kants mitschwingen, den Humboldt in diesen Jahren gründlich studiert hatte. 1790 war Kants „Kritik der Urteilskraft“ erschienen, und hier hatte er, in Ergänzung seiner „Kritik der reinen Vernunft“, den „Zweck“ als eine weitere, das Denken leitende Kategorie herausgearbeitet. Das teleologische Erkenntnisprinzip erschließt bei Kant die Welt des organischen Wachstums, und das ist genau die Idealvorstellung, die Humboldt vorschwebt: der Bau des Staates soll dem der organischen Natur folgen. Dazu bedarf er eines Endzwecks, an dem sich der Organismus in seinem Wachstum ausrichtet, und diesen Endzweck formuliert Humboldt in einem Wort: „Freiheit“.

Noch größer als der Einfluss Kants ist der Schillers, mit dem Humboldt eng befreundet war und mit dem er die „Ideen“ diskutierte, während er sie niederschrieb. Schillers später entwickeltes Ideal des „ästhetischen Staates“ aus seinen Briefen „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“, die 1792 – unmittelbar nach Humboldts Niederschrift seines eigenen Textes – geschrieben wurden und 1795/96 erschienen, teilt manche Grundzüge mit Humboldts fragmentarischen „Ideen“, die Schiller unmittelbar vor der Niederschrift seines Textes zugänglich waren.

Das Ziel des Staates ist die Freiheit des Individuums. Das klingt nach Rousseau, ist aber das Gegenteil. „Der Mensch ist frei geboren und doch in Ketten“, heißt es mit emphatischem Überschwang in Rousseaus „Contrat Social“ 1762, und im gleichen Jahr lässt er seinen Erziehungsroman „Émile“, den Humboldt durchaus geschätzt hat, das Mittel angeben, mit dem diese Ketten gelöst werden: Der Mensch muss die Fesseln der Zivilisation abwerfen.

Von solchen Phantasmen, die besonders in Deutschland eine bis in die Gegenwart hineinreichende Wirkung in der Pädagogik haben, ist Humboldt weit entfernt. Er weiß sehr genau, was Thomas Hobbes eineinhalb Jahrhunderte vorher gelehrt hatte und was man zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder zu vergessen droht: keine Freiheit ohne Sicherheit. Humboldt geht es hier wie später in seiner Bildungsphilosophie um die Entfaltung des Individuums, das größtmögliche Spielräume haben soll, der aber eben doch Grenzen gesetzt werden müssen. Dieser Grundsatz liberaler Staatstheorie wurde in späteren Zeiten gerne auf den Satz zusammengeschrumpft, dass die Rechte des einen dort enden, wo die Rechte des anderen anfangen. Aber ganz so einfach macht es sich Humboldt nicht. Die runde Hälfte seines – in der Akademie-Ausgabe – gut 150-seitigen Textes handelt davon, welche Maßnahmen der Staat ergreifen muss – nicht nur darf –, um die „Sicherheit“ der Bürger zu gewährleisten. Er muss, das ist die Grundlage für alles, die Bildung und die Sitten verbessern, denn ein moderner Staat ist auf mündige und gebildete Bürger angewiesen, er muss die äußeren Grenzen sichern, er muss Verwaltungs-, Zivil- und Strafgesetze erlassen und Steuern erheben. Humboldt dekliniert das alles in ermüdender, aber überlegter Weise durch, und erst das macht den Rang sei-

nes Textes und eine Anschlussfähigkeit für die moderne Staatstheorie aus. Der Staat hat eine Wächter-, keine Nachtwächterfunktion, wie es später spöttisch hieß. Er schützt seine Staatsangehörigen nach innen, und nach außen bewacht er die Grenzen notfalls mit militärischer Gewalt und sorgt dafür, dass die Bürger in Frieden ihr Leben führen können. Die ambitionierten Staatstheorien der Aufklärung, die ihren Bürgern „Glückseligkeit“ versprechen zu können glaubten – gemeint war damit vor allem materieller Wohlstand –, sind Humboldt nicht nur suspekt. Er lehnt sie ausdrücklich ab. Er sieht, dass die Wohlfahrts- und Versorgungsversprechen des Staates am Ende sich zu einem autoritären, wenn nicht totalitären System auswachsen, weil die Individualität eines jeden Einzelnen unterdrückt statt gefördert wird. Aber der eigentliche Einwand ist ein anderer: Der Wohlfahrtsstaat lähmt die Energie des Menschen; er macht träge und faul, erstickt alle Initiativekraft und gereicht so dem Einzelnen wie dem Gemeinwesen zum Schaden

Am Ende liegt Humboldts Staatstheorie also eine Philosophie des Menschen zugrunde. Humboldt vertraut auf die Kraft, die „Energie“ des Einzelnen, wie er gerne sagt. Die beste Voraussetzung für das Gedeihen des Staates ist die „Bildung“ des Individuums; ein Gedanke, der dann zur Keimzelle seiner sehr viel berühmter gewordenen Bildungsphilosophie werden wird. Der ungebildete Mensch früherer Zeiten bedarf, das gesteht Humboldt zu, eines starken und einschränkenden Staates. In der Epoche der Aufklärung und des Lichts aber erübrigt sich das. Jetzt ist es möglich, die Menschen, soweit es eben geht, sich selbst zu überlassen. Immer wieder kommt er darauf zurück, dass Bildung und Erziehung die Grundlagen für die Entfaltung der Kräfte des Einzelnen und in eins damit für das Aufblühen des Gemeinwesens sind. Konsequenter-, aber kurioserweise lehnt der spätere Organisator des preußischen Bildungswesens die „öffentliche“, die staatliche Erziehung nachdrücklich ab und fordert, doch etwas befangen in den aus seiner eigenen privilegierten Position erwachsenen Vorstellungen, eine konsequente private Erziehung. Auch hier liegt also eine der vielen „Gränzen der Wirksamkeit des Staates“.

Gerne zitiert wird Humboldts Satz, mit dem er das zweite Kapitel seiner „Staatsschrift“ einleitete: „Der wahre Zweck des Menschen – nicht der, wel-

chen die wechselnde Neigung, sondern welchen die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt – ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen.“ Gedeutet wird der Satz in der Regel als Ausdruck eines neuhumanistisch-klassizistischen Menschenbildes, wie man es in den späteren bildungstheoretischen Fragmenten Humboldts wiederzuerkennen glaubt. Diese Komponente schwingt zweifellos mit. Der Textzusammenhang ebenso wie der entstehungsgeschichtliche Kontext, der Berührungspunkte mit Schillers Briefen „Über die ästhetische Erziehung“ aufweist, zeigen aber noch in eine andere Richtung. Es ist hier von „dem Menschen“ die Rede – zu verstehen als das Menschengeschlecht, über das im späteren 18. Jahrhundert lebhaft diskutiert wurde. Es wird die menschliche Gattung angesprochen, um deren Entfaltung es bei der Gestaltung des Staates geht, und dieser Gedanke verwies weniger auf die individuelle „Sorge um sich“ als auf das Erbe einer fortschrittsgläubigen Aufklärung.

Humboldt geht es zunächst um die „Nation“, jene Gemeinschaft von Menschen jenseits der staatlichen Institutionen; eine Gemeinschaft, die zusammengebunden wird weniger durch bloße gemeinsame Interessen oder wirtschaftliche Ziele, sondern durch eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Herkunft, gemeinsame Sitten und Gebräuche – ein Gedanke, auf den Humboldt zeit seines Lebens zurückkommen wird. Denn keineswegs ist das Ideal von Humboldts Überlegungen das radikal isolierte Individuum im Sinne der angelsächsischen Liberalen. Gewiss, die Freiheit des Individuums muss bewahrt und gestärkt werden, aber eigentlich handelnd sind die vereinigten Individuen, die sich in freier Entscheidung zu Gemeinschaften, Korporationen, Ständen oder eben der „Nation“ zusammenschließen. Humboldt ist also weit entfernt davon, seine Staatstheorie als eine im Kern auf das Wirtschaftsleben bezogene liberale Theorie, wie sie sich in der angelsächsischen Tradition entwickelt hat, zu begreifen; und auch das Theorem der „unsichtbaren Hand“ ist ihm fremd. Um Wirtschaft, „Industrie“, geht es ihm nur am Rande. Humboldts Staat ist keine Ansammlung versprengter Einzelmenschen.

Eine echte Wirkung hat dieser Text Humboldts nicht entfaltet. Schon im Januar 1792 hatte die „Berlinerische Monatschrift“, das Zentralorgan der deutschen

Aufklärung in diesen Jahren, einen Privatbrief Humboldts an Gentz unter dem Titel „Ideen über Staatsverfassung durch die neue französische Constitution veranlaßt“ gedruckt. Aus der Schrift über die „Gränzen der Wirksamkeit des Staates“ wurden im gleichen Jahr vier einzelne Abschnitte veröffentlicht: Drei erschienen in der „Berlinischen Monatsschrift“ – der erste behandelte „Die Sorgfalt des Staates für die Sicherheit gegen auswärtige Feinde“ –, und in Schillers „Neuer Thalia“ wurde im gleichen Jahr der programmatische Abschnitt „Wie weit darf sich die Sorgfalt des Staats um das Wohl seiner Bürger erstrecken?“ veröffentlicht. Vollständig erschien der Text erst 1851 in Breslau. Bis heute ist Humboldts Staatstheorie nicht in den kanonischen Bestand der einschlägigen Tradition aufgenommen worden. Die großen Darstellungen zur Staats- und Verfassungsgeschichte erwähnen sie in der Regel nicht einmal; und als Staatstheoretiker ist Humboldt in der deutschen Geistesgeschichte nicht präsent. Einer hat freilich die Bedeutung dieser Schrift erkannt, wenn auch wohl in ihren Intentionen missverstanden: „The Sphere and Duties of Government, translated by the German of Baron Wilhelm von Humboldt“ war 1856 in London erschienen und hatte in John Stuart Mill einen begeisterten Leser gefunden. Mill bekannte, die Leitprinzipien seines wegweisenden Essays „On Liberty“, der drei Jahre später, 1859, erschien, aus Humboldts Jugendschrift übernommen zu haben. So erhält Wilhelm von Humboldt seinen verborgenen, aber doch wirkungsmächtigen Platz in der Geschichte des politischen Denkens.

In der Folgezeit hatte Humboldt reichlich Gelegenheit, sich mit der politischen Wirklichkeit seiner Zeit vertraut zu machen. Den größten Teil seiner beruflichen Tätigkeit hat er in verschiedenen Funktionen im preußischen diplomatischen Dienst verbracht: Er war Gesandter beim Vatikan, in Wien, London und beim Deutschen Bund in Frankfurt. Beim Wiener Kongress 1814/15, in dem die neue Ordnung des nachnapoleonischen Europa geplant wurde, spielte er eine zentrale Rolle in der preußischen Delegation. Als Vertreter des Reichskanzlers Friedrich von Hardenberg – zu dem er ein gespanntes Verhältnis hatte und dem er wohl, am Ende vergeblich, nachzufolgen hoffte – und als Jugendfreund Friedrich von Gentz', des mächtigen Sekretärs Metternichs,

hatte er eine wichtige Aufgabe bei der Vermittlung der Interessen zwischen den Großmächten, wobei ihm sein diplomatisches Geschick und seine vielfältigen über die Jahre hinweg gepflegten Beziehungen zugute kamen. Als Gesandter beim Deutschen Bund in Frankfurt entwarf Humboldt 1819 im engen Austausch mit dem Freiherrn vom Stein die Konzeption einer neuen Verfassung – „Einrichtung landständischer Verfassungen in den preussischen Staaten“ –, in der noch einmal, im Sinne der halb vergessenen preußischen Reformen vom vorangegangenen Jahrzehnt, die Rolle der „Nation“ und des „Bürgers“ gegenüber dem Staat gestärkt werden sollte. Im gleichen Jahr wurde er dann doch noch, endlich, preußischer Innenminister.

Bald darauf macht er sich beim König unbeliebt, als er ungefragt, „unterthänig“, aber mit Entschiedenheit sich gegen die Karlsbader Beschlüsse wendet. Dabei interessiert ihn nicht ihr sachlicher Gehalt, die Unterdrückung der akademischen und der Pressefreiheit also. Er weist vielmehr massiv darauf hin, dass der preußische Staat mit der Unterzeichnung dieser Beschlüsse des Deutschen Bundes seine eigenen Souveränitätsrechte aufgibt, die er wohl nie wieder zurückbekommen werde. Sonderbar vertraut klingen in europäischen Ohren des 21. Jahrhunderts seine Mahnungen an den König: Höchst „unpassend“ erscheint ihm die Tatsache, dass im Deutschen Bund die „preussische Stimme kein grösseres Gewicht als die kurhessische oder holsteinische hat“ – das Königreich Preußen hatte 8,7 Millionen Einwohner, Kurhessen 570 000, Holstein 350 000. Besorgt stimmt ihn zudem, dass die Karlsbader Acte „theils absichtlich so unbestimmt gefasst, theils mit so geringer Sorgfalt redigirt ist, dass [...] man fast alles aus ihr beweisen, und wiederum Alles aus ihr herauslesen kann“. Gleich zu Beginn betont er, dass selbst der König nicht nach Gutdünken solche Beschlüsse unterschreiben könne, sondern den Rechtsweg einhalten müsse. Prophetische Worte.

Damit endet Humboldts berufliche Karriere als Staatsbeamter. Er musste einsehen, dass er in dem politischen Klima unter Friedrich Wilhelm III. kein Gehör mehr finden würde. So quittierte er zum Jahresende endgültig den Dienst.

„Humboldts Bildungsideal“

Im 20. Jahrhundert festigt sich das Bild von Wilhelm von Humboldt als dem Begründer des modernen höheren Schul- und Universitätswesens in Preußen, das zunächst deutschlandweite und dann weltweite Ausstrahlungen gehabt habe. An „Humboldts Bildungsideal“ haben sich Jahrzehnte westdeutscher Bildungspolitik orientiert. Es wird bis ins 21. Jahrhundert hinein den Fehlentwicklungen der Bildungswirklichkeit als Regulativ und Korrektiv entgegengehalten.

Dieser Mythos ruht auf einem schwachen empirischen Fundament, konnte aber vielleicht gerade deshalb eine so gewaltige Wirkungsmacht erreichen. 1809 war Wilhelm von Humboldt nach einigem Hin und Her zum Leiter der „Section des Cultus und öffentlichen Unterrichts“ im preußischen Innenministerium berufen worden. Diese Berufung erfolgte offensichtlich auf Initiative des Freiherrn vom Stein, der wenige Wochen danach Deutschland verlassen musste, um der ihm von Napoleon angedrohten Todesstrafe zu entgehen. Humboldts Wirken vollzog sich deshalb unter der Ägide Friedrich von Hardenbergs und des Innenministers Graf von Dohna. Humboldt ist dem Ruf auf diesen Posten nur ungern gefolgt. Am Ende aber konnte er sich den klaren Anweisungen des Königs nicht entziehen und wandte sich mit umso größerem Eifer seinen neuen Aufgaben zu. Seine Bildungsreform wurde zum Teil der „Preußischen Reformen“, die unter der Leitung des Freiherrn vom Stein von einer Handvoll intellektueller Verwaltungsbeamter nach der vernichtenden Niederlage Preußens gegen Napoleon 1806 eingeleitet worden waren. In deren Planungen spielte Bildung nur eine Nebenrolle; im Zentrum der Reformen standen vielmehr die Verwaltung und das Militär.

Es war kein leichtes Amt, das Humboldt in dieser Konstellation antrat. Deutschland war ein besetztes Land, die Reformen mussten unter den Augen der napoleonischen Besatzung unter größter Geheimhaltung und unter Todesdrohungen durchgeführt werden. Der Diplomat Humboldt war in dieser Position nicht am falschen Platz. Die Amtsschriften, mit denen er seine Tätigkeit fundiert und begleitet hat, verraten durchgehend ein vorsichtiges Lavieren um den eigentlichen Kern seiner Absicht herum. Und diese Absicht war

vollkommen konform mit dem Geist der preußischen Reformen: Auch Humboldt ging es um eine Erneuerung der Nation, die ihm bereits in seiner ersten, der staatstheoretischen Schrift, lange vor der napoleonischen Unterdrückung Preußens, als Leitbild gedient hatte. Anders als die anderen Reformer hatte er gesehen, dass dabei das Schul- und Universitätswesen eine entscheidende Rolle spielen muss. Mit großer Energie nahm er zunächst eine Reform des Elementarschulwesens in Angriff – eine Leistung, die in der Wirkungsgeschichte völlig vernachlässigt wurde –, um dafür zu sorgen, dass die knapp 18 000 Winkelschulen unterschiedlicher, aber meist geringster Qualität in Preußen einem einheitlichen Programm folgten, um so die Basis für eine weitergehende Bildung zu schaffen. Das war in erster Linie eine organisatorische Aufgabe. Aber Humboldt ließ sich dabei von Prinzipien leiten, denen ein generelles Bildungsverständnis zugrunde lag. Das hatte er in seinen Grundzügen von dem Schweizer Modepädagogen Johann Heinrich Pestalozzi übernommen, dem er zunächst skeptisch gegenüberstand, von dem er sich dann aber überzeugen ließ.

Am Anfang stand die wichtige und zutreffende organisatorische Idee, dass die Lehrerbildung, die es zuvor praktisch nicht gab, eine wichtige Säule der Neuordnung des Elementarschulwesens sein müsse. Nicht minder wichtig war ihm der Gedanke, dass die Schulen von ihren jeweiligen Gemeinden finanziert werden sollten. Dahinter stand die bei Humboldt immer wiederkehrende Überlegung, dass die schulische Bildung Sache des Volkes, der „Nation“, und nicht Sache des Staates sei.

Und schließlich lag dem Elementarschulwesen Humboldts dann berühmt werdende Idee der „allgemeinen Menschenbildung“ zugrunde, die eben nicht abhängig sei vom Stand, aus dem jemand kommt, und von dem Beruf, den jemand erlernt, sondern von der Entfaltung seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten, die dann jeder selbst vollenden müsse. Diese Idee wurde der Leitfaden von „Humboldts Bildungsideal“, das in der Rezeptionsgeschichte mehr und mehr der höheren Bildung, dem Gymnasium und den Universitäten, zugeordnet wurde.

Humboldt gilt als Begründer des modernen Gymnasiums und der modernen Universität. Das ist er auch, aber doch nur im Ansatz. Dem Gymnasium zog er feste organisatorische Strukturen ein, indem er ebenfalls zunächst die Lehrerausbildung und das Lehrerprüfungswesen reformierte und einen klaren, an der Dominanz der klassischen Sprachen ausgerichteten Lehrplan verordnete. Diese Aufgabe war ungleich leichter als bei den Elementarschulen. Am Ende kristallisierten sich aus der Fülle der preußischen „Gelehrtenschulen“ jene 91 Gymnasien heraus, welche die Hochschulreife feststellen konnten. Humboldt hat diese Reform nicht zu Ende ge-



Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827). Gemälde des Pädagogen und Sozialreformers von Johann Theodor Prümm (wikimediacommons)

bracht. Sie wurde nach seinem Ausscheiden aus dem Amt konsequent von seinem vormaligen Mitarbeiter Wilhelm Süvern weitergeführt. Bald aber kam sie in das Mahlwerk der preußischen Bürokratie, die aus dem Institut der „allgemeinen Menschenbildung“ innerhalb weniger Jahrzehnte eine Maschinerie zur Zertifikatsvergabe machte, was es bis heute geblieben ist.

Und dann die Universität: Humboldt gilt als Begründer des modernen Universitätswesens, und in gewisser Hinsicht war er das auch. Dass es ihm in seiner kurzen Amtszeit gegen alle Wahrscheinlichkeit gelungen ist, die Berliner Universität nicht nur auf den Weg zu bringen, sondern tatsächlich zu eröffnen, ist sicher seine bleibende Leistung. Humboldt konnte den König davon überzeugen, dass Preußen einer grundsätzlichen Erneuerung des Universitätswesens bedürfe. Der Zustand der verbliebenen preußischen Universitäten Frankfurt an der Oder, Königsberg, Breslau war desolat. Das Ansehen dieser Einrichtungen hatte im Laufe des 18. Jahrhunderts sehr gelitten. Humboldt suchte einen Neuansatz, und dabei spielte zunächst eine politische Überlegung eine zentrale Rolle: Die Universitätsgründung hatte, was Humboldt in

seinen Amtsschriften allerdings nur sehr vorsichtig andeutet, eine antifranzösische, zumindest antinapoleonische Stoßrichtung. Wiederum geht es ihm darum, wie er am Ende seiner Tätigkeit im Schreiben an Hardenberg ausführt, durch die Förderung von „Aufklärung und Wissenschaft“ Preußen wieder die „moralische Macht in Deutschland“ zurückzugeben, die es durch die Niederlage gegen Napoleon verloren habe.

Konzeptionell hatte er wenig Neues eingebracht. Seit Kants Schrift über den „Streit der Fakultäten“ von 1798 hatte es eine intensive und hochwertige Debatte über die Erneuerung der Universitäten gegeben, in der herausragende Köpfe wie Johann Jakob Engel, Johann Benjamin Eberhard, Friedrich August Wolf, Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Schleiermacher, Karl Friedrich Savigny sich beteiligten. In Humboldts verstreuten Entwürfen zur Universität, die allesamt erst Jahrzehnte später der Öffentlichkeit durch Publikation bekannt wurden, finden sich diese Gedanken gebündelt wieder. Sie bilden die Grundlage für die Neugründung der Berliner Universität, die sofort großen Erfolg hatte. Das hat vielleicht weniger mit ihren Ideen als mit den Köpfen zu tun, die zu berufen Humboldt gelungen war. Es waren die herausragenden Gelehrten dieser Zeit, Schleiermacher, Fichte, Savigny, Niebuhr und indirekt auch der geniale, aber schwierige Altphilologe Friedrich August Wolf als Akademiemitglied.

Aber auch das Konzept bewährte sich. Binnen Kurzem wurde es in Preußen und in anderen deutschen Ländern nachgeahmt, und im 19. Jahrhundert erfuhr es eine breite Anerkennung und Aufnahme in der westlichen Welt, besonders in den USA. „Einsamkeit und Freiheit“, „Einheit von Forschung und Lehre“, „Forschendes Lernen, lehrendes Forschen“ sind die Schlagworte, mit denen bis heute „Humboldts Bildungsideal“ in erster Linie beschrieben wird. Dabei handelt es sich jedoch um eine Rückprojektion. „Humboldts Bildungsideal“ als Leitfigur bildungspolitischen und bildungstheoretischen Denkens gibt es wohl erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und dort war es keineswegs unumstritten: In der jungen Bundesrepublik gab es insbesondere seitens der Verfechter einer starken beruflichen Bildung erhebliche Bedenken gegen die aus der Humboldt-Tradition erwachsene Privilegierung des

akademischen Bildungswesens. Das 19. Jahrhundert jedenfalls kennt kein „Humboldt’sches Bildungsideal“. In den diversen Auflagen des Brockhaus Lexikons aus dem 19. und 20. Jahrhunderts tritt der Bildungsreformer Humboldt erst in den späten 1960er-Jahren auf. In den biografischen Artikeln früherer Auflagen wird Humboldts kurze Tätigkeit als Sektionschef nur ganz beiläufig erwähnt, und die Einträge zum Begriff „Bildung“ nennen meist nicht einmal seinen Namen, und wenn doch, dann nur beiläufig. Als eigentlicher Begründer eines allgemeinen Bildungsideals wird bis weit ins 20. Jahrhundert hinein Pestalozzi wahrgenommen.

Auch die um 1880 massiv einsetzende, mit Gustav Freytags Roman „Die verlorene Handschrift“ von 1864 schon vorweggenommene Kritik am volksabgewandten akademischen Bildungsideal bezieht sich ebenfalls nicht auf Humboldt. Humboldt findet sich nicht in Nietzsches stilprägender Kritik in seinen Basler Vorträgen „Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten“ von 1872, und er findet sich auch nicht dort, wo in der Gelehrtendiskussion die Auseinandersetzung über die eigene Einrichtung geführt wird. Und schließlich erwähnt der erste Historiker des höheren deutschen Bildungswesens, Friedrich Paulsen, in seiner mehrfach erweiterten monumentalen „Geschichte des gelehrten Unterrichts“ vom Ende des 19. Jahrhunderts Humboldt nur ganz beiläufig in dem langen Abschnitt über den „Neuhumanismus“, wie Paulsen die Bewegung zur Neubegründung des höheren Bildungswesens um 1800 getauft hat. Vielleicht, man müsste es noch einmal genauer nachprüfen, war es erst Helmut Schelsky, der 1963 mit seinem Buch „Einsamkeit und Freiheit“ den Boden bereitet hat für die Selbstverständlichkeit, mit der dann später die Rede von „Humboldts Bildungsideal“ war.

Die Bildungs- und Universitätsschriften, allesamt unveröffentlichte Amtsschriften oder Manuskriptfragmente, wurden ohnehin erst 1920 in der Edition Eduard Sprangers als Nachtragsband der Akademie-Ausgabe zugänglich. Zehn Jahre zuvor hat Eduard Spranger in einer ersten zusammenfassenden Studie Humboldts „Reform des Bildungswesens“ beschrieben, hier aber den Fokus nicht auf das „Bildungsideal“, sondern auf die organisatorischen Leistungen Humboldts gelegt. Der erste Biograph Humboldts, Rudolf Haym, geht

1856 selbstverständlich auf Humboldts Amtstätigkeit als Sektionschef ein, aber er sieht in Humboldt den Erneuerer der preußischen Nation, nicht den Propheten der „allgemeinen Menschenbildung“, auch wenn er den humanistischen Grundzug in der Universitätsgründung erkennt.

Wie auch immer: In der Gegenwart ist Wilhelm von Humboldts Name in erster Linie mit seiner Bildungsreform und dem daraus abgeleiteten Menschenbild verbunden.

Der Sprachphilosoph

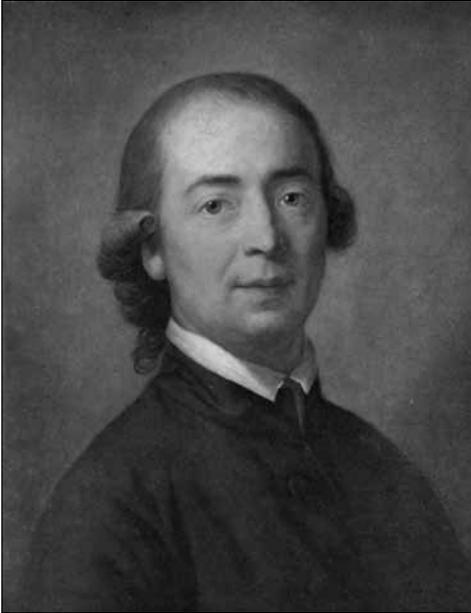
Humboldt zieht sich 1810 aus seinem Amt als Leiter der „Section des Cultus und öffentlichen Unterrichts“ zurück, unzufrieden mit seiner am Ende doch nur untergeordneten Stellung im Gefüge der preußischen Regierung. Minister wäre er gerne geworden, aber das wurde er wohl deshalb nicht, weil das Amt nicht nur den „Unterricht“, sondern zudem den „Cultus“ umfasst hätte. In Religionsdingen aber war Humboldt, das hatte schon seine frühe Staatsschrift ausführlich dargelegt und das nahm man am preußischen Hof missbilligend zur Kenntnis, ausgesprochen indifferent.

Dass Wilhelm von Humboldt neben seiner Staatstheorie und neben seiner Bildungspolitik ein drittes Arbeitsfeld fruchtbar bestellt hat, weiß man. Seine umfassenden sprachtheoretischen Arbeiten sind indes nie wirklich ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit und nur annähernd ins Bewusstsein des einschlägigen Universitätsfachs eingedrungen. Ab 1820 zog sich Humboldt endgültig ins Privatleben zurück. Auf dem von ihm zusammen mit seinem Bruder in klassizistischer Manier schlossähnlich ausgebauten Stammsitz in Tegel widmete er sich ausgedehntesten vergleichenden Sprachstudien, in deren Verlauf ein gewaltiges Manuskript-Œuvre entsteht, von dem aber wiederum zu Lebzeiten nur ein Bruchteil publiziert wurde.

Diese Studien ruhen auf den unterschiedlichsten Fundamenten. Die Basis war konventionell: Humboldt hatte in zeittypischer Weise frühzeitig solide Griechischkenntnisse erworben, die ihm eine tief verwurzelte Neigung zur griechischen Antike vermittelt hatten. Ebenfalls zeit- und standestypisch, dürfte er das Französische fließend beherrscht haben, und das Englische ist

dem zeitweiligen Londoner Gesandten gewiss ebenfalls vertraut gewesen. Die eigentlichen Impulse für seine Sprachforschung kamen jedoch von einer anderen Seite. Die von Alexander von Humboldt aus seiner Südamerika-Expedition mitgebrachten Sprachzeugnisse und Informationen erschlossen ihm den Sprachraum dieser Region; und eine entscheidende Anregung kam von seinen Besuchen im Baskenland während seiner beiden Spanienreisen von 1799/1800 und 1801. Hier lernt er die baskische – er schreibt zeitgenössisch „vaskische“ – Sprache kennen, die er als ein im europäischen Sprachraum singuläres Phänomen identifiziert. Tatsächlich weist das Baskische keinerlei Verwandtschaft mit dem Spanischen oder irgendeiner anderen indogermanischen – oder, wie man heute sagen muss, indoeuropäischen – Sprache auf. Seine Ursprünge sind bis heute nicht wirklich geklärt. Moderne Forschung geht davon aus, dass das Baskische sich aus der Sprache der Cro-Magnon-Menschen herleitet, welche vor 35 000 bis 40 000 Jahren nach Nordostspanien und Südfrankreich vordrangen und dort die ältesten bekannten Höhlenmalereien schufen. Die beiden Reisen Humboldts ins Baskenland sind, wie er dem Brieffreund Friedrich August Wolf erklärt, der wesentliche Impuls für seine später so intensiv betriebenen vergleichenden Sprachstudien gewesen. 20 Jahre danach, unmittelbar nach seinem Rückzug ins Privatleben, veröffentlicht Humboldt seine „Prüfung der Untersuchungen über die Urbewohner Hispaniens vermittelt der Vaskischen Sprache“. Hier entwickelt er sein Forschungsprogramm, das darauf zielt, die Zusammenhänge zwischen der nationalen Sprache und der Lebensweise des Volkes zu ergründen.

Humboldts Sprachstudien sind in erster Linie empirisch, gründen sich auf das recht zufällig zusammengewürfelte, aber weit ausgedehnte Material, das ihm zur Verfügung stand. Man hat vermutet, dass Humboldt der sprachkundigste Gelehrte seiner Zeit gewesen sei. Die bislang veröffentlichten sprachwissenschaftlichen Schriften vermitteln nicht einmal eine Ahnung von der gewaltigen Ausdehnung des von ihm gesammelten und bearbeiteten Materials. In einer im Entstehen begriffenen Ausgabe der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften wird nun der gesamte handschriftliche sprachwissenschaftliche Nachlass Humboldts in sieben Abteilungen ediert mit dem



Johann Gottfried Herder (1744–1803), Gemälde von Anton Graff, 1785 (wikimediacommons)

Versprechen, dass damit der empirische Forscher Humboldt deutlicher sichtbar werden soll. Die Edition der Manuskripte über das Baskische, die amerikanischen, die indoeuropäischen, die asiatischen, die austronesischen Sprachen sowie der sprachwissenschaftlichen Korrespondenz wird sicher ein neues Bild vom Sprachwissenschaftler Humboldt entstehen lassen. Mit deren Erschließung werden noch Generationen von Humboldt-Forschern befasst sein – wenn es sie denn geben wird. Aber so sehr sich Humboldt in immer wieder neue Details seiner Sprachquellen hineinbohrt, so deutlich bleibt andererseits, dass er sich von elementaren philosophischen

und anthropologischen Grundannahmen leiten lässt. Humboldts Denkansatz ist eher anthropologisch als linguistisch. Er wirft die Frage auf, wie und in welchem Maße die Sprache dazu beiträgt, dass der Mensch zum Menschen wird. In seiner Akademierede von 1820 „Ueber das vergleichende Sprachstudium in Beziehung auf die verschiedenen Epochen der Sprachentwicklung“ formuliert Humboldt das Programm seiner Studien: „Der Mensch ist nur Mensch durch Sprache; um aber die Sprache zu erfinden, müßte er schon Mensch sein.“

Johann Gottfried Herder, der Begründer der modernen Anthropologie, hatte in verstreuten sprachphilosophischen Schriften und seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ diesen Gedanken schon entwickelt und die Sprache „als Mittel zur Bildung des Menschen“ ausgezeichnet. Von Humboldt wird dieser Denkansatz in die feinsten Verästelungen hinein weiterverfolgt. Die Sprache ist dem Menschen als ein „Vermögen“ eingeboren; wie und warum das möglich ist und wie man sich das im Einzelnen vorzustellen hat, lässt Humboldt unerörtert. Aber mit diesem Gedanken weist er weit vo-

raus auf die moderne Linguistik, die mit Noam Chomskys „Universalgrammatik“ wieder auf dieses Axiom zurückgegangen ist: dass das Sprachvermögen dem Menschen als eine „Kompetenz“ eingeboren ist, dass die individuelle Ausgestaltung aber dieses Sprachvermögens, die „Performanz“, unendlichen Variationen unterliegen kann und von verschiedensten Bedingungen abhängig ist. Ausdrücklich wendet Humboldt sich dem in den 1770er-Jahren viel diskutierten Problem der „Taubstummen“ zu, das unter anderem Denis Diderot in seiner „Lettre sur les sourds et muets“ von 1751 aufgegriffen hatte. Selbst wenn sie nicht hören können, so haben sie doch Sprache. Denn die Sprache ist jedem eingeboren, und ihre Existenz ist nicht davon abhängig, dass sie über die Sinne wahrgenommen oder durch Sprechen und Schreiben wiedergegeben wird.

Die Sprache, so heißt es bei Humboldt weiter, ist mit dem Denken unlösbar verwoben; sie geht ihm nicht voraus und sie folgt nicht aus ihm, sondern mit dem Denken entwickelt sich die Sprache und mit der Sprache entwickelt sich das Denken. Eine weitere Bestimmung kommt hinzu: Im sprachlichen Ausdruck objektiviert sich das Denken. Denken, in Sprache gefasst, tritt dem Denkenden als ein Fremdes gegenüber, das dann wieder zu neuen Auseinandersetzungen herausfordert und die Entwicklung der Sprache wie des Denkens weitertreibt – ein gut Hegel'scher Gedanke.

Die alte Frage, ob und wie Wirklichkeit in der Sprache abgebildet werden kann, interessiert Humboldt hingegen nicht. Für ihn ist die Sprache ein eigenes System, von internen Beziehungen und Verweisungen, das auf nichts außerhalb seiner selbst verweist – weder auf Dinge der Wirklichkeit noch auf Gedanken. Auch das ist ein moderner, weit in die Zukunft hinausweisender Gedanke.

Aber der Mensch lebt nicht für sich allein. Das ist ein großes Thema, dem Humboldt sich immer wieder, oft unter dem Aspekt der Geschlechterbeziehung, zugewandt hat. In ausführlichen Darlegungen, auch in einem eigenen Aufsatz, widmet er sich der aus heutiger Sicht abgelegenen erscheinenden Frage nach der besonderen grammatischen Form des „Dualis“, in dem die natürlich vorkommende Zweizahl in vielen außereuropäischen Sprachen seine privilegierte grammatische Form gefunden hat.

Diese Einbindung des Individuums in größere soziale Zusammenhänge und die daraus sich ergebenden Konsequenzen für die Sprache hat Humboldt sehr viel stärker als seine modernen Nachfolger betont. Jedem Individuum ist das Sprachvermögen eingeboren, und jedes Individuum macht von ihm auf eigene Weise Gebrauch. Das ist das eine. Zugleich aber verbindet die Sprache die Menschen miteinander. Das Individuelle verbindet sich mit dem Allgemeinen, die gemeinsame Sprache schließt die Menschen zu einer Gemeinschaft zusammen, ohne dass der Einzelne seine Individualität verlöre. Sie stiftet Traditionen, indem sie Vergangenes festhält, und sie schafft soziale Bindekräfte, die am Ende zu dem führen, was Humboldt meist mit dem Begriff der „Nation“ bezeichnet, die für ihn in seiner Staats- wie in seiner Bildungsphilosophie der eigentliche Fluchtpunkt seiner Reflexionen war. Humboldts Begriff der „Nation“, auf den er immer wieder, über ein halbes Jahrhundert hinweg, zurückkommt, ist schillernd, aber in seinen Konturen doch erkennbar. „Nation“ sind die am Gemeinwesen interessierten, es im tätigen Leben gestaltenden Bürger. Gemeint ist damit nicht eine akademisch geprägte zivilgesellschaftlich engagierte Elite, sondern eher eine Gemeinschaft im Sinne des modernen „Kommunitarismus“, wie er unter anderem von Charles Taylor, dem intimen Kenner des deutschen Idealismus, unter beiläufiger Berufung auf Humboldt entwickelt wurde.

Aber auch über die Nation greift Humboldt hinaus. Den humanistisch-idealistischen Ansatz seiner Sprachphilosophie entwickelt er in der Überlegung weiter, dass jede Sprache, trotz ihrer konstituierenden individuellen und nationalen Besonderheiten, am Ende das ist, was alle Menschen gemeinsam haben: Jedem Menschen ist das Sprachvermögen eingeboren – Humboldt ist nicht nur ein unermüdlicher Propagandist des Individuums und der Nation, er ist zudem ein emphatischer Prophet des allgemeinen Menschentums. Ein Mensch ist ein Mensch, und das Menschengeschlecht ist eins; daran rüttelt Humboldt nicht. Die Sprache ist das gemeinsame Band, das die Menschheit umschlingt. Gerne zitiert wird Humboldts leitende Idee der „Menschlichkeit, das Bestreben, die Grenzen, welche Vorurtheile und einseitige Ansichten aller Art feindselig zwischen die Menschen stellen, aufzuheben, und die gesammte

Menschheit, ohne Rücksicht auf Religion, Nation, und Farbe als Einen großen, nahe verbrüdernten Stamm zu behandeln.“

Aber Humboldt war Realist genug, um sich von dieser theoretischen Prämisse nicht zu einem verkitschten Menschheitspathos verführen zu lassen. Die Grenzen des allgemeinen Menschentums waren ihm nur zu bewusst – er kannte die dramatischen Unterschiede im Entwicklungsstand der „Nationen“, und sein Ideal war eben doch, ganz im Sinne der Aufklärung, die zivilisierte Menschheit und der gebildete Mensch, nicht der „edle Wilde“, der die Intellektuellen der vorangegangenen Generation ebenso wie die späterer Zeiten so angezogen hat. So pathetisch Humboldt auch formulierte – und so gern diese Formulierungen heute zitiert werden –, so weit entfernt war Humboldt von dem realitätsfernen Menschheitspathos, das dann im 19. und 20. Jahrhundert in der Formel „Alle Menschen werden Brüder“ seines Weimarer Freundes Schiller eine gutbürgerliche Karriere machte und deren Zeitgebundenheit sich schon daran ablesen lässt, dass ihr die „Schwestern“ fehlen.

Der Empiriker Humboldt sah die Dinge nüchterner. Alle Menschen sind Menschen, aber sie vereinen sich in Nationen, die ihrerseits als gemeinsames Band ihre nationale Sprache, ihre Traditionen, ihre Sitten und Gebräuche und ihren zivilisatorischen Entwicklungsstand haben, was alles sie dann wieder von anderen Nationen unterscheidet. Das ist ihm Anlass, die im späteren 18. Jahrhundert so viel beschworene Einheit des menschlichen Geschlechtes energisch zu verfechten und die Menschen zum friedlichen Zusammenleben aufzufordern – wobei er interessanterweise der Religion, und besonders dem „Islamismus“, eine friedensstörende Militanz zuschreibt.

Humboldts Texte zur Sprache sind keine angenehme Lektüre. Im endlos scheinenden Durcharbeiten des Stoffs, der den letzten Winkelzügen der Sprachentwicklung nachfolgt, verlieren seine Ausführungen oft jede thematische und argumentative Kontur. Aber seine breit ausufernden, oft ziellos wirkenden Erörterungen über Detailprobleme verdichten sich immer wieder, oft an unvermuteter Stelle, gerne zu aphoristischen Sentenzen. Dann blitzen manchmal die philosophischen Grundgedanken in prägnanten, überlieferungsfähigen und überlieferungsprägenden Formulierungen auf. Das hat auf die Rezeption

von Humboldts Sprachphilosophie eher unglückliche Auswirkungen gehabt. Ganz ähnlich wie in seiner Bildungstheorie und in jüngerer Zeit auch seiner Staatstheorie verstellen diese immer und immer wieder zitierten Sentenzen eher den Blick auf die Komplexität von Humboldts Reflexionen als dass sie ihn eröffneten. Allzu leicht fanden die nachfolgenden Sprachtheoretiker hier Anschlussstellen für ihre eigenen Theorien, die nicht wirklich ins Zentrum von Humboldts Sprachdenken zielten.

Was bleibt?

Unter den Bedingungen einer postmodernen und multikulturellen Einwanderungsgesellschaft hat Humboldts Bildungstheorie viel von ihrem Charme verloren. Die Vorstellung einer allgemeinen Menschenbildung, die ihren Maßstab in der griechischen Antike gefunden hatte und die am Ende der Humus sein sollte, aus dem das Selbstbewusstsein der Nation neu erwachsen könne, ist dem Denken des 21. Jahrhunderts ziemlich fremd geworden. Auch Humboldts Staatstheorie, in deren Kern eine kompromisslose Ablehnung des aufklärerischen, die Glückseligkeit des Bürgers fördernden Wohlfahrtsstaates stand, findet allenfalls noch in den Wirtschaftsredaktionen der gehobenen Qualitätspresse Anklang. Und Humboldts Sprachphilosophie schließlich ist völlig aus dem Horizont des öffentlichen wie sogar weitgehend des wissenschaftlichen Diskurses verschwunden.

Dabei böte sie die greifbarsten Anschlussstellen für aktuelle Problemlagen. Im Zuge der neueren geopolitischen Entwicklungen drängen die alten Fragen Humboldts mit Macht wieder auf die Tagesordnung: die Frage, wie die Sprache beiträgt zu kultureller Identität, wie sie gesellschaftsbildend wirkt, wie ihre freie Entfaltung die Freiheit des Denkens beflügelt – und umgekehrt, wie ihre Beschränkung und Unterdrückung die Macht der Gedanken beschneidet. Bei Humboldt könnte man lernen, dass jede Unterdrückung der Sprache eine Unterdrückung des Denkens ist, jeder Angriff auf das Wort, jede Vereinfachung des Satzbaus, jede Erleichterung des Spracherwerbs und Sprachgebrauchs, jede Sprachschumpfung auf Powerpointfolien ein Angriff ist nicht nur auf das Denken des Einzelnen, sondern auch auf die kulturellen Binde-

kräfte, welche eine Gesellschaft zusammenhalten. Dass schließlich die Einwanderungsbewegung der letzten Jahre noch einmal die Herausbildung einer multilingualen Gesellschaft forciert hat, diesmal durch einen gesellschaftlichen Entwicklungsschub, der neben dem Türkischen das Arabische als Umgangs-, Schulhof- und Behördensprache etablierte, ist ein weiterer Schritt in dieser Richtung.

Bei Humboldt könnte man lernen, welche Folgen das haben wird. Was Humboldt mühsam, in filigransten Analysen, herausgearbeitet hat, ist eigentlich längst Allgemeingut der gebildeten Schicht in Deutschland gewesen. Aber mit dem Verschwinden dieser Schicht verschwindet das Wissen über die Bedeutung der Sprache: ihre Bedeutung für die individuelle Entwicklung des Individuums, ihr enger Zusammenhang mit der Entwicklung der Gedanken, die befürchten lässt, das der leichten Sprache das seichte Denken folgen wird. Die Welt, deren Grenzen nach dem Wort Wittgensteins und nach den Ansichten Humboldts durch die Sprache umrissen werden, wird immer enger.

Mindestens fünf Jahrzehnte lang, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, hat eine Verengung des Humboldt-Bildes stattgefunden, die seiner öffentlichen Wirkung zugute gekommen ist, die aber den Blick auf Aspekte verstellt hat, an die erneut zu erinnern ist. Ein Rückblick auf Wilhelm von Humboldt im Lichte der Erfahrungen des 21. Jahrhunderts zeigt jedenfalls, dass das Deutungspotenzial seiner Schriften noch nicht ausgeschöpft ist und dass sein tiefeschichtiges Werk weiterhin manche Anregungen zur Reflexion der gegenwärtigen Lage bereithält.

Literatur:

Maurer, Michael: Wilhelm von Humboldt. Ein Leben als Werk. Köln/Weimar/Wien: Böhlau 2016.
Gall, Lothar: Wilhelm von Humboldt. Ein Preuße von Welt. Berlin: Propyläen 2011.
Borsche, Tilman: Wilhelm von Humboldt. München: Beck 1990.

UNIVERSITAS

ORIENTIEREN! WISSEN! HANDELN!

72. Jahrgang
April 2017
Nummer 850

Peter J. Brenner: Wilhelm von Humboldt – ein
Zeitgenosse des 21. Jahrhunderts?

Ulrich Herrmann: Humboldt oder Bologna?

Gespräch mit Johanna Stachel und Claus Bartram:
Die Idee der Universität. Freiheit durch Wahrheit

Angelika Dreyer: Hoch hinauf – von der Ausbildung zur Ausführung



Wilhelm Schmid: Jenseits von Liebes- und
Machtritualen. Was ist Freundschaft?

Wolfgang U. Eckart: Genie und Wahnsinn
Dekadenz, Entartung, Nervosität im

Fin de Siècle

4 Humboldt & Co.